

Name:

Strasse, Nr:

PLZ/Ort:

Frau Bundespräsidentin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements
Bundesgasse 3
3003 Bern

Betrifft: UNO-Deklaration zum Schutz der BäuerInnen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,

Soeben habe ich vernommen, dass sich die Schweizer Delegation im März beim UNO-Menschenrechtsrat öffentlich dem Projekt einer Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen widersetzt hat. Sie argumentierte, dass die bestehenden völkerrechtlichen Instrumente ausreichen und sie sich lieber für deren Umsetzung engagieren werde. Diese Haltung ist jedoch unglaublich, weil die Schweiz nicht einmal die bereits bestehenden Uno-Mechanismen zur Überwachung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte unterzeichnet hat. Ich bin schockiert, dass die Schweiz sich weigert, ein völkerrechtliches Instrument zu unterzeichnen, das die Hauptopfer der Globalisierung schützen soll.

Mit diesem Brief erkläre ich meine vollumfängliche Unterstützung für die Annahme einer internationalen Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen. Dieses neue Instrument soll Bäuerinnen, Bauern und Personen, die im ländlichen Raum arbeiten, gegen die Inbesitznahme der lebenswichtigen Ressourcen wie landwirtschaftlicher Boden, Wasser und Saatgut durch multinationale Konzerne schützen sowie gegen die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen.

Jedes Jahr werden Tausende von KleinbäuerInnen Opfer von Enteignungen, Ausweisungen und Vertreibungen. Dieses Problem hat unter dem neuen, weltweiten Phänomen von Hamsterkäufen von Land (Landgrabbing) bisher unerreichte Dimensionen angenommen. 70 % der Hungernden auf der Welt arbeiten im ländlichen Raum. Die Frauen sind besonders durch Hunger und Armut betroffen, vor allem, weil sie beim Zugang zu Land, zu Wasser und zu Saatgut diskriminiert werden.

Gleichzeitig machen multinationale Konzerne, von denen einige ihren Sitz in der Schweiz haben, immer grössere Gewinne mit dem Handel von Wasser und Saatgut sowie mit Hamsterkäufen von Land.

Mit ihrer unverständlichen Stellungnahme diskreditiert die Schweiz ihre eigenen humanitären Aktivitäten, welche sie im Rahmen der Entwicklungshilfe im SECO und der DEZA unternimmt. Sie diskreditiert auch ihre Aussenpolitik, die auf der Friedensförderung und dem Respekt der Menschenrechte beruht. Ich bitte Sie inständig, die Delegierten im UNO-Menschenrechtsrat anzuweisen, ihre Haltung zu ändern und im kommenden Juni an der Vollversammlung des Menschenrechtsrats für die mutige und unerlässliche Initiative der "Deklaration zum Schutz der Rechte der BäuerInnen" einzutreten.

In der Hoffnung, dass Sie diese Argumente berücksichtigen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüssen

Datum und Unterschrift:

Kopie oder Information an: Kooperative Longo maï, Le Montois 1, 2863 Undervelier oder
montois@vtxmail.ch